



C/44/15

ORIGINAL: englisch

DATUM: 8. September 2010

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENÈVE

DER RAT

Vierundvierzigste ordentliche Tagung
Genf, 21. Oktober 2010

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZENTWURFS ÜBER
ZÜCHTERRECHTE DER REPUBLIK TADSCHIKISTAN MIT DER AKTE VON 1991
DES INTERNATIONALEN ÜBEREINKOMMENS ZUM SCHUTZ VON
PFLANZENZÜCHTUNGEN**

Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Einleitung

1. Artikel 34 Absatz 3 des Übereinkommens von 1991 lautet: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersucht vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme dazu, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluss über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

2. Mit Schreiben vom 27. August 2010 an den Generalsekretär des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenszüchtungen (UPOV) ersuchte Herr Kasym Kasymov, Landwirtschaftsminister der Republik Tadschikistan, um Prüfung des Gesetzentwurfs über Züchterrechte (Gesetzentwurf) im Hinblick auf seine Vereinbarkeit mit dem UPOV-Übereinkommen von 1991 (Akte von 1991). Das Schreiben liegt diesem Dokument als Anlage I bei. Anlage II enthält die offizielle und bestätigte englische Übersetzung des Gesetzentwurfs, die am 7. September 2010 von der Regierung von Tadschikistan beigebracht wurde.

Hintergrund

3. Die Regierung der Republik Tadschikistan legte dem Rat bereits zuvor ein Gesetz zur Prüfung vor. Am 16. August 1999 ersuchte Herr Sh. Kabirov, Landwirtschaftsminister der Republik Tadschikistan den Rat der UPOV um ein Gutachten im Hinblick auf die Vereinbarkeit des am 4. November 1995 vom Parlament Tadschikistans verabschiedeten Gesetzes für Züchterrechte landwirtschaftlicher Pflanzen mit der Akte von 1991.

4. Bei seiner dreiunddreißigsten ordentlichen Tagung am 20. Oktober 1999 hatte der Rat entschieden:

„a) der Regierung Tadschikistans mitzuteilen, dass das Gesetz nach der Annahme geeigneter Durchführungsbestimmungen die Grundlage für ein Gesetz biete, das mit dem Übereinkommen vereinbar ist, und dass sie nach der Ausarbeitung dieser Durchführungsbestimmungen eine Urkunde über den Beitritt zum Übereinkommen hinterlegen könne;

b) der Regierung Tadschikistans ferner mitzuteilen, sie möge die geringfügigen Abweichungen und Widersprüche möglichst umgehend berichtigen;

c) das Verbandsbüro zu ersuchen, der Regierung Tadschikistans bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen und der Berichtigung des Gesetzes seine Unterstützung anzubieten“ (vgl. Dokument C/33/18 „Bericht“, Absatz 13).

5. Am 9. Mai 2005 wurde dem Verbandsbüro mitgeteilt, dass die Regierung von Tadschikistan ein neues Gesetz ausarbeite, weshalb die obige Entscheidung des Rats vom 20. Oktober 1999 nicht mehr maßgeblich ist.

6. Auf Ersuchen der Regierung der Republik Tadschikistan vom 9. April 2010 leistete das Verbandsbüro Unterstützung bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs auf der Basis des Dokuments UPOV/INF/6/1 „Anleitung zur Ausarbeitung von Rechtsvorschriften aufgrund der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens“ und informierte die zuständigen Behörden darüber, dass der Gesetzentwurf dem Rat zur Prüfung der Vereinbarkeit mit der Akte von 1991 vorgelegt werden muss. Wie in Absatz 2 ausgeführt, ersuchte die Regierung von Tadschikistan um die Stellungnahme des Rats im Hinblick auf die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Akte von 1991.

Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in der Republik Tadschikistan

7. In Tadschikistan wird der Schutz von Pflanzenzüchtungen von dem Gesetzentwurf nach dessen Verabschiedung und Inkrafttreten gemäß Artikel 2 des Gesetzes geregelt, in dem es heißt:

„Artikel 2. Gesetzgebung zum Schutz von Pflanzenzüchtungen

Die Gesetzgebung der Republik Tadschikistan zum Schutz von Pflanzenzüchtungen basiert auf dem Grundgesetz der Republik Tadschikistan und besteht aus diesem Gesetz, weiteren Rechtsvorschriften der Republik Tadschikistan sowie internationalen Rechtsakten mit Verordnungscharakter, die von der Republik Tadschikistan anerkannt wurden.“

Es folgt eine Analyse des Gesetzentwurfs in der Reihenfolge der wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

8. Artikel 1 des Gesetzentwurfs enthält Begriffsbestimmungen, die den maßgeblichen Begriffsbestimmungen in Artikel 1 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtungen der Vertragsparteien

9. Im ersten Satz des Gesetzentwurfs heißt es, „dieses Gesetz regelt den Schutz von Pflanzenzüchtungen und bildet die juristische Grundlage für die Erteilung und den Schutz von Züchterrechten.“ Dies entspricht der in Artikel 2 der Akte von 1991 vorgesehenen grundlegenden Verpflichtung.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

10. Artikel 3 des Gesetzentwurfs sieht Folgendes vor:

„Geltungsbereich des Gesetzes

Am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes findet es Anwendung auf Pflanzengattungen und –arten, die in den von der zuständigen staatlichen Behörde der Republik Tadschikistan für landwirtschaftliche Verwaltung verabschiedeten Listen aufgeführt sind, sowie spätestens 10 Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auf alle Pflanzengattungen und –arten.“

11. Die Bestimmungen von Artikel 3 des Gesetzentwurfs entsprechen den Verpflichtungen in Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Regierung der Republik Tadschikistan bei der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde gemäß Artikel 36 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 in ihrer Erklärung die Liste der Gattungen und Arten (es müssen mindestens 15 Gattungen und Arten angeführt werden) amtlich mitteilen muss.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

12. Die in Artikel 27 des Gesetzentwurfs enthaltenen Bestimmungen entsprechen den Anforderungen von Artikel 4 der Akte von 1991.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

13. Die Artikel 7 bis 11 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen zu den Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen der Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

14. Artikel 12 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

15. Artikel 13 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über das Prioritätsrecht, die den Bestimmungen des Artikels 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

16. Artikel 14 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen des Artikels 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

17. Artikel 15 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen des Artikels 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

18. Artikel 16 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 14 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

19. Artikel 17 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen des Artikels 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

20. Artikel 18 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 16 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

21. Artikel 19 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 17 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

22. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

23. Artikel 20 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 19 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

24. Artikel 22 und 23 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen des Artikels 20 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

25. Artikel 24 des Gesetzentwurfs sieht Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts vor, die den Bestimmungen des Artikels 21 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

26. Artikel 25 des Gesetzentwurfs sieht Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts vor, die den Bestimmungen des Artikels 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

27. Hinsichtlich der Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel vorzusehen, die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991) sieht der Gesetzentwurf folgendes vor:

„Artikel 28. Wahrung der Züchterrechte

Die Züchterrechte werden durch die einstweiligen, zivilrechtlichen, zollrechtlichen und strafrechtlichen Maßnahmen, die in der Rechtsprechung der Republik Tadschikistan vorgesehen sind, gewahrt.“

28. Hinsichtlich der Verpflichtung gemäß Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 sieht Artikel 4 Absatz 2 Folgendes vor:

„2. Das zuständige staatliche Gremium erteilt dem Züchter einer Pflanzensorte Züchterrechte und stellt gemäß dem vorgeschriebenen Verfahren ein Züchterrechtszertifikat aus, das den Anspruch des Züchters auf Schutz einer Pflanzensorte bescheinigt.“

29. Artikel 29 des Gesetzentwurfs entspricht der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über die Anträge auf Erteilung und die Erteilung des Züchterrechts und die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlussfolgerung

30. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält der Gesetzentwurf die wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage wird die Republik Tadschikistan nach der Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderung und Inkrafttreten des Gesetzes in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

31. Der Rat wird ersucht:

a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;

b) eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs über Züchterrechte der Republik Tadschikistan mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen; nach der Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderung und Inkrafttreten des Gesetzes kann die Republik Tadschikistan ihre Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen, und

c) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Republik Tadschikistan von dieser Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

Schreiben des Landwirtschaftsministers der Republik Tadschikistan
vom 27. August 2010 an den Generalsekretär der UPOV

(Tel. 99237) 221-15-96, E-Mail: Kishovarz_2008@mail.ru

Nr. 115-1790
31. August 2010

Herrn
Francis Gurry
Generalsekretär des Internationalen Verbands
zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, Chemin des Colombettes
CH-1211 Genf 20

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass der Gesetzentwurf zum Züchterrecht von der Regierung der Republik Tadschikistan bei seiner Sitzung am 30. Juni 2010 verabschiedet und dem Parlament der Republik Tadschikistan zur Prüfung und Verabschiedung vorgelegt wurde.

Die Republik Tadschikistan möchte dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, überarbeitet in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen) beitreten.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens möchte ich den Rat darum ersuchen, die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs über Züchterrechte der Republik Tadschikistan mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen,

Kasym Kasymov
Landwirtschaftsminister
Republik Tadschikistan

Anlage: Offizielle englische Übersetzung des Gesetzentwurfs über Züchterrecht der Republik Tadschikistan

[Anlage II folgt]

ANNEX II / ANNEXE II / ANLAGE II / ANEXO II

[In English only / En anglais seulement /
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]

DRAFT LAW ON PLANT VARIETY PROTECTION
OF THE REPUBLIC OF TAJIKISTAN

This law regulates the legal protection of plant varieties and defines legal basis for granting and protecting breeders' rights.

CHAPTER 1. GENERAL PROVISIONS

Article 1. Main definitions

The following main definitions are used in this law:

- variety – a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder's right are fully met, can be defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes, distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics and, considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged.
- plant breeder - the person who bred, or discovered and developed, a variety or the person who is the employer of the aforementioned person or who has commissioned the latter's work or the successor in title of the first or second aforementioned person, as the case may be;
- certificate of breeder's right – a document, which certifies the breeder's right on the protection of his plant variety;
- Register of protected varieties (hereinafter – Register) – a source of public information about protected plant varieties, which is maintained by the state authorised body;
- breeder's right – the right of the breeder provided for in this Law;
- protected plant variety - a selection achievement of the breeder that is acknowledged as a subject matter of an intellectual property right by the grant of the breeder's right when the variety complies with the conditions of protection stipulated in Article 7 of this Law;
- UPOV - the International Union for the Protection of New Varieties of Plants founded by the International Convention for the Protection of New Varieties of Plants (the UPOV Convention);
- member of UPOV - a State party or a Contracting Party to the Convention for the protection of new varieties of plants (UPOV Convention).

Article 2. Legislation on the legal protection of plant varieties

Legislation of the Republic of Tajikistan on legal protection of plant varieties is based on the Constitution of the Republic of Tajikistan and consists of this Law, other regulatory legal acts of the Republic of Tajikistan as well as international regulatory legal acts, recognized by the Republic of Tajikistan.

Article 3. Scope of the law

This law shall be applied, on the date of its coming into force, to plant genera and species registered on the lists approved by authorized state body of the Republic of Tajikistan for agriculture management and to all plant genera and species at the latest by the expiration of a period of 10 years from the date of this law coming into force.

Article 4. Authorized state body for testing, registration and protection of plant varieties

1. The authorised state body responsible for testing, registration and protection of plant varieties (hereinafter - the authorised state body) provides for the maintenance of a single policy in plant varieties protection on the territory of the Republic of Tajikistan. The authorised state body is assigned by the Government of the Republic of Tajikistan.

2. The authorised state body grants breeder's rights to the breeder of a plant variety and in accordance with the prescribed procedure issues a certificate of the breeder's right that certifies the breeder's right for protection of plant variety.

3. The authorized state body is responsible for the following functions in protecting plant varieties:

- Maintains the Register and provides for its public accessibility;
- Deals with issues related to application examination;
- Where the variety meets the criteria under articles 8 to 11 of this Law, issues a certificate for the breeder's right;
- Other responsibilities in accordance with the legislation of the Republic of Tajikistan.

4. The authorised state body establishes rules and guidelines in the manner prescribed by the legislation of the Republic of Tajikistan on issues of plant variety protection, including the procedure of application review, for the grant of the breeder's rights, the denomination of the plant variety, application examinations, the regular publication of information, the appeal procedure, the date of the registration of the plant variety in the Register to be approved by the authorised state body for agriculture management of the Republic of Tajikistan.

Article 5. Provision of charged services

The authorised state body has the right to charge the interested parties for the services in line with the legislation of the Republic of Tajikistan and to make use of the income in accordance with the legislation.

CHAPTER 2. CONDITIONS FOR THE GRANT OF THE BREEDER'S RIGHT FOR PLANT VARIETIES

Article 6. Right to apply for protection of plant variety

In accordance with this Law a plant breeder shall be entitled to apply for breeder's right.

Article 7. Criteria for protection of a plant variety

1. A right to be known as a breeder's right shall be granted where the variety meets the criteria for plant variety protection.
2. The criteria are:
 - novelty;
 - distinctness;
 - uniformity;
 - stability.
3. The grant of the breeder's right shall not be subject to any further or different conditions, other than listed in paragraph 2 of this article, provided that the variety is designated by a denomination in accordance with the provisions of Article 22 of this Law, that the applicant complies with the formalities provided for in this Law.

Article 8. Novelty of the plant variety

1. A plant variety shall be considered new if, at the date of filing of the application for a breeder's right, propagating or harvested material of the plant variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the plant variety in the territory of Tajikistan earlier than one year before the date of filing of the application to the authorised state body.
2. A plant variety shall be considered new if, at the date of filing of the application for a breeder's right, propagating or harvested material of the plant variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the plant variety in a territory other than that of Tajikistan earlier than four years before the date of filing of the application to the authorised state body or, in the case of trees or of vines, earlier than six years before the said date.

Article 9. Distinctness of plant variety

The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application. In particular, the filing of an application for the granting of a breeder's right or for the entering of a variety in an official register of varieties, in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common knowledge from the date of the application, provided that the application leads to the granting of a breeder's right or to the entering of the said other variety in the official register of varieties, as the case may be.

Article 10. Uniformity of plant variety

The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

Article 11. Stability of plant variety

The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

CHAPTER 3. APPLICATION FOR THE GRANT OF THE BREEDER'S RIGHT

Article 12. Filing of Applications

1. An applicant for the protection of a variety shall file an application in the prescribed form with the authorized state body.
2. The application form for the grant of the breeder's right, the amount of fees for services, information and the material as well as the filing date are set forth by the authorised state body of the Republic of Tajikistan responsible for Agriculture management.
3. The authorized state body shall accord the filing date of the application, the date of receipt of the application duly filed.
4. The right for filing of application for the grant of the breeder's right can be transferred to third parties.
5. The authorised state body shall not refuse to grant a breeder's right or limit its duration on the ground that protection for the same variety has not been applied for, has been refused or has expired in any other State or intergovernmental organization.

Article 13. Right of Priority

1. Any breeder who has duly filed an application for the protection of a variety in one of the members of UPOV (the "first application") shall, for the purpose of filing an application for the grant of a breeder's right for the same variety with the authorised state body, enjoy a right of priority for a period of 12 months. This period shall be computed from the date of filing of the first application. The day of filing shall not be included in the latter period.
2. In order to benefit from the right of priority, the breeder shall, in the application filed with the authorised state body, claim the priority of the first application. The authorised state body shall require the breeder to furnish, within a period of three months from the filing date of the application, a copy of the documents which constitute the first application, certified to be a true copy by the authority with which that first application was filed, and samples or other evidence that the variety which is the subject matter of both applications is the same.
3. The breeder shall be allowed a period of two years after the expiration of the period of priority or, where the first application is rejected or withdrawn, an appropriate time, after such

rejection or withdrawal, in which to furnish, to the authorised state body, any necessary information, document or material required for the purpose of the examination under Article 14.

4. Events occurring within the period provided for in paragraph 1, such as the filing of another application or the publication or use of the variety that is the subject of the first application, shall not constitute a ground for rejecting the subsequent application. Such events shall also not give rise to any third-party right.

Article 14. Examination of the Application

1. Any decision to grant a breeder's right shall require an examination for compliance with the conditions under Articles 8 to 11. In the course of the examination, the authorised state body may grow the variety or carry out other necessary tests, cause the growing of the variety or the carrying out of other necessary tests, or take into account the results of growing tests or other trials which have already been carried out.

2. For the purposes of examination, the authorised state body may require the breeder to furnish all the necessary information, documents or material as specified by the authorised state body for agriculture management of the Republic of Tajikistan.

Article 15. Provisional Protection

1. Provisional protection is provided to safeguard the interests of the breeder during the period between the publication of the application for the grant of a breeder's right and the grant of that right. During this period the authorised state body takes measures to safeguard the interests of the breeder.

2. The holder of a breeder's right shall at least be entitled to equitable remuneration from any person who, during the period provided in paragraph (1), has carried out acts which, once the right is granted, require the breeder's authorization as provided in Article 16. Legal action in respect of provisional protection can only be initiated after the right is granted.

CHAPTER 4. THE RIGHTS OF THE BREEDER AND DURATION OF THE BREEDER'S RIGHT

Article 16. The breeder's right

1. The following acts in respect of the propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder:

- production or reproduction (multiplication);
- conditioning for the purpose of propagation;
- offering for sale;
- selling or other marketing;
- exporting;
- importing;
- stocking for any of the purposes mentioned above.

2. The breeder may make his authorization subject to conditions and limitations.
3. The acts referred to in paragraph 1 in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorized use of propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said propagating material.
4. The provisions of paragraphs 1 to 3 shall also apply in relation to:
 - varieties which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety,
 - varieties which are not clearly distinguishable in accordance with Article 9 of this Law from the protected variety
 - varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.
5. A variety shall be deemed to be essentially derived from another variety (“the initial variety”) when:
 - it is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety;
 - it is clearly distinguishable from the initial variety and
 - except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.
6. Essentially derived varieties may be obtained for example by the selection of a natural or induced mutant, or of a somaclonal variant, the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing, or transformation by genetic engineering.

Article 17. Exceptions to the breeder’s right

1. The breeder’s right shall not extend to:
 - acts done privately and for non-commercial purposes;
 - acts done for experimental purposes; and
 - acts done for the purpose of breeding other varieties, and, except where the provisions of Article 16(4) to (6) of this Law apply, acts referred to in Article 16 (1) to (3) in respect of such other varieties.

Article 18. Exhaustion of the breeder’s right

1. The breeder’s right shall not extend to acts concerning any material of the protected variety, or of a variety covered by the provisions of Article 16 (4) to (6) which has been sold

or otherwise marketed by the breeder or with his consent in the territory of the Republic of Tajikistan, or any material derived from the said material, unless such acts:

- involve further propagation of the variety in question or;
- involve an export of material of the variety, which enables the propagation of the variety, into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

2. For the purposes of paragraph 1, “material” means, in relation to a variety:

- propagating material of any kind,
- harvested material, including entire plants and parts of plants, and
- any product made directly from the harvested material.

Article 19. Restrictions on the Exercise of the breeder’s right

Free exercise of a breeder’s right can be restricted only in cases of public interest foreseen by the legislation of the Republic of Tajikistan.

When any such restriction has the effect of the authorised state body authorizing a third party to perform any act for which the breeder’s authorization is required, the breeder shall receive equitable remuneration.

Article 20. Measures Regulating Commerce

The breeder’s right is independent of any measure to regulate the production, certification and marketing of material of varieties or the importing or exporting of such material. In any case, such measures shall not affect the application of the provisions of the legislation of the Republic of Tajikistan on plant variety protection.

Article 21. Duration of the breeder’s right

The breeder’s right shall be granted for a period of 20 years from the date of the grant of the breeder’s right. For trees and vines, the said period shall be 25 years from the said date.

CHAPTER 5. VARIETY DENOMINATION

Article 22. Variety Denomination

1. The variety shall be designated by a denomination which will be its generic designation as suggested by the breeder to the authorised state body and which is entered in the Register at the time of the grant of the breeder’s right. Subject to paragraph (4), no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination in connection with the variety, even after the expiration of the breeder’s right.

2. The denomination must enable the variety to be identified. It may not consist solely of figures except where this is an established practice for designating varieties. It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the

variety or the identity of the breeder. In particular, it must be different from every denomination which designates, in the territory of any member of UPOV, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.

3. If it is found that the denomination does not satisfy the requirements of paragraph 2, the authorised state body shall refuse to register it and shall require the breeder to propose another denomination within a prescribed period.

4. Prior rights of third persons shall not be affected. If, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance with the provisions of paragraph 1 of Article 23 of this Law, is obliged to use it, the authorised state body shall require the breeder to submit another denomination for the variety.

5. A variety must be submitted to all members of UPOV under the same denomination. The authorised state body shall register the denomination so submitted, unless it considers the denomination unsuitable. In the latter case, it shall require the breeder to submit another denomination.

6. The authorised state body ensures that the authorities of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations. Any authority may address its observations, if any, on the registration of a denomination to the authorised state body.

Article 23. Use of plant variety denomination

1. Any person who offers for sale or markets propagating material of a variety protected within the territory of the Republic of Tajikistan is obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, except where, in accordance with the provisions of paragraph 4 of Article 22 of this Law, prior rights prevent such use.

2. When a variety is offered for sale or marketed, it is permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination. If such an indication is so associated, the denomination must nevertheless be easily recognizable.

CHAPTER 6. NULLITY AND CANCELLATION OF THE BREEDER'S RIGHT

Article 24. Nullity of the breeder's right

1. The breeder's right shall be declared null and void by the authorised state body when it is established:

- that the conditions laid down in Articles 8 or 9 were not complied with at the time of the grant of the breeder's right;
- that, where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the breeder, the conditions laid down in Articles 10 or 11 were not complied with at the time of the grant of the breeder's right;

- that the breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to the person who is so entitled.
2. No breeder's right shall be declared null and void for reasons other than those referred to in paragraph 1 of this article.

Article 25. Cancellation of the breeder's right

1. The authorized state body may cancel the breeder's right if it is established that the conditions laid down in Articles 10 or 11 are no longer fulfilled.
2. Furthermore, the breeder's right may be cancelled if, after being requested to do so and within the prescribed period:
- the breeder does not provide the authorised state body with the information, documents or material deemed necessary for verifying the maintenance of the variety;
 - the breeder fails to pay such fees as may be payable to keep his right in force;
 - the breeder does not propose, where the denomination of the variety is cancelled after the grant of the right, another suitable denomination.
-
3. No breeder's right shall be cancelled for reasons other than those referred to in paragraph 1 and 2 of this article.

Article 26. Early termination of the breeder's right

1. If the holder of the breeder's right files an application to the authorised state body wishing to terminate the breeder's right, then the breeder's right is terminated before the prescribed deadline.
2. If the date of termination of the breeder's right is not indicated in the application, then the date of filing of the application requesting the termination to the authorised state body is deemed to be the date of termination of the breeder's right.

CHAPTER 7. FINAL PROVISIONS

Article 27. Rights of foreign nationals and legal persons

1. Without prejudice to the rights specified in this law, nationals of a member of UPOV as well as natural persons resident and legal entities having their registered offices within the territory of a member of UPOV shall, insofar as the grant and protection of breeders' rights are concerned, enjoy within the territory of the Republic of Tajikistan the same treatment as is accorded by this law to the nationals of the Republic of Tajikistan.

2. For the purposes of paragraph 1, “nationals” means, where the member of UPOV is a State, the nationals of that State and, where the member of UPOV is an intergovernmental organization, the nationals of the States which are members of that organization.

Article 28. Protection of breeder’s rights

Breeder’s rights are protected by the provisional, civil, customs and criminal measures stipulated in the legislation of the Republic of Tajikistan.

Article 29. Publication of information

The authorised state body must provide the public with information by means of periodical publication of information regarding:

- Applications for the grant of breeders rights and rights granted;
- Proposed and approved denominations.

Article 30. Liability for infringement of the breeder’s right

Physical or legal persons infringing this law are liable in accordance with the legislation of the Republic of Tajikistan.

Article 31. The declaration of repealing of the law of the Republic of Tajikistan «On breeding achievements of agricultural crops»

The law of the Republic of Tajikistan «On breeding achievements of agricultural crops» of 4 November, 1995 (Vedomosti Majlisi Oli of the Republic of Tajikistan, 1995, №22, article 257, Akhbori Majlisi Oli of the Republic of Tajikistan, 2002. №11, article 732) is hereby repealed.

Article 32. The procedure of entering into force of this law

This law shall enter into force after it is officially published.

President
Republic of Tajikistan

[End of Annex II and of document/
Fin de l’annexe II et du document/
Ende der Anlage II und des Dokuments/
Fin del Anexo II y del documento]